

Beilage zu Nummer 190 der Volksstimme.

Montag den 16. August 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 16. August 1915.

Anträge

an den Bundesrat in der Nahrungsmittelfrage.

In Köln befand sich eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung mit den Fragen der Kriegsteuerung. Einstimmig wurde folgender Antrag der Stadtverwaltung an den Bundesrat angenommen:

1. Produzenten-Höchstpreise für Butter festzusetzen und ein Verbot der Bereitung von Schlagbutter zu erlassen. 2. Großhandelspreise für Teigwaren, sowie für aus Hafer und Gerste hergestellte Nahrungsmittel festzusetzen unter gleichzeitiger Erlassung von Höchstpreisen für die an Gerste verarbeitenden Betriebe zu liefernde Gerste. 3. Für Hülsenfrüchte Produzentenhöchstpreise festzusetzen. 4. Möglichst bald die in Aussicht genommenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung bekannt zu geben, sowie eine Bestimmung dahin zu erlassen, daß Kaufverträge über inländische Kartoffeln, die nach dem 1. November 1915 zu erfüllen sind, nichtig sind, ausgenommen die mit Reichs- und Staatsbehörden und Kommunalverbänden abgeschlossenen Verträge. 5. Bestimmungen zu erlassen, welche solchen Personen, die nicht schon vor dem 1. August 1914 in den betreffenden Handelsgewerben tätig waren, die gewerbsmäßige Vermittlung und den Großhandel mit Lebensmitteln durch Verbot und Nichtigkeitsklärung der betreffenden Geschäfte unmöglich zu machen.

In der Aussprache wurden lebhaft Klagen über unzulängliche Maßregeln der Regierung laut. Unter anderem teilte der erste Beigeordnete A. Denauer mit, daß die Stadt Köln Vorfrage für den Kartoffelbedarf der Bevölkerung getroffen habe, ehe noch die Regierung eingriff; diese verweigerte erst später jede Stadt, für die nötige Kartoffelmengen zu sorgen und gewährte gleichzeitig den Gemeinden eine Rückvergütung im Interesse der billigen Abgabe von Kartoffeln an Minderbemittelte. Diese Rückvergütung ist nun der Stadt Köln nicht gewährt worden, weil sie schon 4-6 Wochen vor der Verordnung vorgelegt hat; sie ist also gewissermaßen dafür gegeben worden, daß sie rechtzeitig Schritte getan hat. Die städtische Lebensmittelversorgung in Köln beziffert sich auf 12 Millionen Kilogramm im Werte von rund 12 Millionen Mark.

Die Ueberredung der Soldaten zum Verzicht der Militärrente ist unzulässig.

In Friedenszeiten wird sehr häufig der Unfug geübt, daß die Soldaten ihrer Entlassung eine Bescheinigung ausstellen lassen, wonach sie auf alle Ansprüche an den Militärschatz verzichtet. Auch solchen, die denen sich später Beschädigungen der Gesundheit herausstellen, die nur Folgen des Dienstes sein können, wird ein solcher Verzicht zugeworfen und bei der Stellenbeschaffung von nachträglichen Ansprüchen natürlich gegen sie ausgespielt. Diese Uebung ist ansehnend auch während des jetzigen Krieges hier und da beibehalten worden. Das sächsische Kriegsministerium erklärt in einer Zuschrift an den in Sachsen-Weimar gewählten Reichstagsabgeordneten Felix Ratzeburg, daß es unstatthaft sei, eine Verzichtleistung auf Militärvorsorge zu fordern. Die Zuschrift lautet:

„Euer Wohlgebohren teilt das Kriegsministerium auf die Eingabe vom 21. 7. 1915 ergeben mit, daß es unstatthaft ist, eine Verzichtleistung auf Militärvorsorge zu fordern. Die Truppenteile sind durch § 22 Abs. 1 der Pensionierungsvorschrift angewiesen, für alle Mannschaften, die infolge einer Dienstbeschädigung dienstunfähig geworden sind und deren Erwerbsunfähigkeit um wenigstens zehn vom Hundert gemindert ist, die gefällige Versorgung zu beantragen. Außerdem haben die königlichen stellvertretenden Generalkommandos des 12. und 19. Armee-Korps die beteiligten Stellen Anfang August d. J. auf das Unstatthafte, Mannschaften zum Verzicht auf Versorgungsgeheimnisse zu bewegen, noch besonders hingewiesen.“

Ferner ist auch vom württembergischen Kriegsministerium eine entsprechende Anweisung ergangen.

Die Ferienpausengänge haben mit vergangenem Samstag ihren Abschluß gefunden. Eine besondere offizielle Veranstaltung, wie im Vorjahre, war nicht getroffen. Die Jugend war auf den Ausflügen regelmäßig von Sanitätsmannschaften begleitet, während derer nicht nur Stelle waren, jedoch auf Wunsch zum Eingreifen bereit standen. Insgesamt beteiligten sich an den Pausengängen 33 035 Kinder, das macht bei 21 Pausiertagen durchschnittlich circa 1500.

Ein Schwindler. Seit einiger Zeit treibt sich, trotz erfolgloser Verhaftung, ein Mann hier, in Mainz, Frankfurt usw. herum, welcher sich Hartmann nennt, vortritt, Kellnermeister bei der Sekfirma Sobel in Gießen sein zu sein. In der Hauptsache brandschaftet er Wirtschaften in der Art, daß er erklärt, von seiner Firma mit der Ueberbringung von Aufträgen betraut zu sein. Als Entschädigung für die Vermittlung verlangt er Geldbeträge. Circa 10 Fälle sind bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gelangt.

Mitteilung beim Kartoffelmarkt. In der „Rett. Abg.“ wird auf einen Betrag aufmerksam gemacht, den auch wir schon wiederholt gekennzeichnet haben. Der Einfender schreibt: „Es kommt jetzt wieder die Zeit, daß Kartoffelproduzenten vom Lande direkt den Verbrauchern im Herumfahren die Kartoffeln zum Kauf anbieten. Es dürfte ein öffentliches Geheimnis sein, daß es manche dieser Produzenten nicht sehr genau mit der Ehrlichkeit nehmen, indem sie einen Sack als einen Zentner ausgeben, der aber nur 80 bis 90 Pfund, manchmal noch weniger, enthält. Die meisten alten Geschäftsleute sind im Besitz einer großen Waage. Wenn sie nun von einem solchen Produzenten laufen, sind sie geschädigt, und der Schaden trifft am meisten Leute, die nicht unnötig Geld zu verlieren haben. So hat ein „liegender“ Händler dieser Tage einer mir bekannten Frau einen Zentner Kartoffeln zu 7.50 Mark an. Sie handelte auf 7 Mark herunter und als er mit diesem Preis einverstanden war und den Sack auf die Waage stellen sollte, war er sehr enttäuscht, da er wohl eine solche Vermutung; erst als ihm die Frau mit der Waage drohte, beugte er sich dazu und ließ sich auch den Weg von 22 Pfund unter Brummen gefallen. Die Kartoffeln wogen einschließlich Sack rund

achtzig Pfund. Diesem gemeingefährlichen Treiben sollte von Anfang an Einhalt getan werden. Entweder ist der derartige direkte Verkauf zu verbieten, oder die Produzenten sollen an einer namhaft zu machenden Stelle ihre Säcke wiegen lassen. Diese müßten alsdann von der Marktbehörde plombiert und das Gewicht nicht dem offiziellen Verkaufspreis auf eine mitplombierte Waage geschrieben und abgestempelt werden.“

Kollektale Erhöhung der Wäschepreise. Die Wäschefabrikanten haben ihrer Kundenschaft innerhalb weniger Tage eine zweimalige Preissteigerung bekannt gemacht, die bei Damen- und Kindswäsche nicht weniger als 40 Prozent beträgt. Der Verband Deutscher Herrenwäschefabrikanten hat die Preise bereits zweimal um je 5 Prozent erhöht, jetzt ist eine weitere Preiserhöhung von 10 bis 15 Prozent herausgekommen. Dabei geht kein Geschäft in diesen Artikeln, aber es muß verteuert werden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 15. Aug. (Aus der Partei.) Zunächst erstattet Genosse Haupt Bericht von der Vertrauensmännerversammlung unseres Wahlkreises vom 8. August in Wiesbaden. Er gab die Abrechnung vom Kreiswahlverein bekannt und kam dann auf das sachliche Referat des Genossen Lehmann (Mannheim) zu sprechen. Das Gesamtergebnis sei in der Resolution, die abgestimmt zur Abstimmung und fast einstimmig zur Annahme gelangt sei, zum Ausdruck gekommen. Genosse Scheffler kann sich nicht für die angenommene Resolution erwärmen und wundert sich bei der Zusammenkunft des Kreises über deren Annahme. Genosse Süßmann ergänzt die Ausführungen des Genossen Haupt und bemerkt, daß er auf dem Boden der Resolution stehe. Genosse Scheffler verbreitet sich des längeren über die Haltung der Fraktion und des Parteivorstandes und möchte den Kurs unserer Parteipolitik nicht geändert wissen. Genosse Jakobs widerspricht Scheffler. Die Genossin Kettler wünscht eine energische Friedenspropaganda. Die Diskussion über diesen Punkt währte lange, war aber von großer Sachlichkeit getragen. Hierauf gab Genosse Fritsch die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahmen betrugen 210.76 Mark, die Ausgaben 212.30 Mark, ergibt ein Manko von 1.54 Mark. Der Stand der Mitgliedsbeiträge beträgt insgesamt 139, davon 106 männliche und 33 weibliche. Der Umsatz der Kolportage beträgt im Quartal 298.74 Mark. Der Abonnentenstand der „Volksstimme“ ist befriedigend. Auf Antrag beruht der Kassierer Genosse Fritsch entlastet. Als Revisor wurde Genosse Stolz gewählt. Bedauert wurde die Abmeldung zweier Genossen aus dem Wahlverein, weil sie Kommunalbeamte wurden. Genosse Süßmann gibt die Abrechnung von den Ferienpausengängen bekannt. Dem Reiter und den Helferinnen wurde für den künftigen Verlauf die Anerkennung der Verklammung ausgedrückt. — (Ende der Schulferien.) Die Schulkinder finden am Montagabend. Der Schulkinderunterricht beginnt am Dienstag morgen 8 Uhr.

Aus den umliegenden Kreisen.

Ein Sohn des Volkes . . .

Friedhofsstimmung herrschte gestern nachmittag in Friedberg. Zahlreiche schwarzgekleidete Menschen konnte man sehen, welche mit schmerzhaften Jagen, denen man ansah, daß nicht nur der äußere Mensch, sondern auch das Herz von Trauer erfüllt war. Von Trauer erfüllt um einen braven Menschen, der zugleich ein Kämpfer war: Heinrich Busold. In vielen Stunden waren die Freunde, Bekannten und Genossen herbeigeeilt, um dem lieben Dahingegangenen die letzte Ehre zu erweisen.

Friedhof. Ein einfacher gelber Schrein enthält das, was sterblich war an Heinrich Busold. Alte Grawpfe sind es zumeist, die das entblühte Haupt vor dem toten Freund neigen. Die jungen Genossen, denen er ein Lehrer und Führer war, sind draußen im Feld Zeugen graujamem Mordens oder ruhen wohl auch schon in fremder, kalter Erde. Rechts und links des Hauptweges zum Grabe dehnt sich ein Wald von Kreuzen, Steinen, Säulen und Monumenten, mit Steinbildern und Figuren geschmückt, das eine Grabmal schlicht und würdig, das andere prächtig und geschmacklos. Hier liegt man den Namen eines Mannes, der einmal gefeiert wurde und den man heute kaum noch kennt. Ein weiser, vom Wind zerzauster Vorberker liegt am Fußende halb am Wege, und die Menschen zittern ihm achlos.

Ein Männerchor singt tiefempfunden: „Ein Sohn des Volkes wollt er sein . . .“. Das war der letzte Wunsch des Verstorbenen, dies Vieh sollte ihm am Grab gesungen werden.

Und dann tritt ein Mann vor, der in kunstlosen Worten den Lebenslauf des Mannes schildert, der in dem gelben Holzschrein vor ihm tief und traumlos schlief. Es ist kein außerordentliches Schicksal, von dem er berichtet. Gearbeitet, gelitten, gekämpft, gestorben. Ein Menschenleben, wie viele Tausende schon geendet haben, wie Abertausende noch enden werden. Und doch ein besonderes Menschenchicksal: früh die Eltern verloren, im Versorgungshaus erzogen, die elende Volksschulzeit gelitten, aufs Dorf in die Lehre zu einem Kleinmeister gekommen, war dem gemessenen Proletariatsfaden beschieden. Eine bitterbittere Zeit war über das Klassenbetruhlte Proletariat hereingebrochen; das Sozialistengesetz schlug an einem Tag in Trümmer, woran Männer jahrelang gebaut hatten. Da reichte sich der junge Schreinerbursch in das Glied der Kämpfer und fürwahr, er stellte hier seinen Mann. Später, als er in Friedberg sich eine Existenz gegründet hatte, und die Partei einen Mann brauchte, der das Banner der Freiheit voranzutragen hatte, der den Samen des Sozialismus ausstreuen sollte, da fragte Heinrich Busold nicht nach seiner Person, Familie und Existenz, er tat, was er glaubte, seinen Idealen schuldig zu sein; er wurde der redegewandte, kenntnisreiche Agitator für die Sache des Proletariats. Er war ein ganzer Mann! Drei stand er bis zu seinem letzten Atemzuge zu dem, was er als die Jahre hindurch an politischer Auffassung hinausgetragen hatte in die Orte der Wetterau bis in den letzten Winkel des Bogenberges, ein ehrlicher Verfechter der Grundsätze des arbeitenden Proletariats; er hielt treu an dem Ziel fest, für das er ein Leben lang voll reiner Hingabe und voll unermüdlichen Schaffens und Kämpfens gewirkt hatte. Auch in dieser schmerzvollen Kriegszeit wurde er an seinen Grundanschauungen nicht irre; wader und furchtlos verteidigte er in Genossentreffen seine gegenständlichen parteipolitischen Ansichten in seiner ihm eigenen Art: die Tage des Sozialistengesetzes hatten ihn geküßt und den Weg zum Ziele gezeigt. So stand der Sohn des Volkes als Kämpfer auf der Wacht, bis ihn das Schicksal niederlegte, im Tode noch ein trotziger Rebell.

So ging er von uns, der ein Leben voller Kampf hinter sich hatte, und dessen letzte Gedanken sich noch mit dem Wohl seines Wirkungskreises beschäftigten. „Vergeht auch den Kreis Friedberg nicht!“ Das legte er einem engeren Genossenschaftsmitglied aus Hanau ans Herz, der ihn kurz vor seinem Tode noch besuchte. Ob man den Kreis, ob man den ersten Säemann im Kreise Friedberg so bald vergessen wird? Der weisse, vom Wind zerzaute Vorberker am Friedhofsweg erzählt eine Geschichte.

Langsam sinkt der Sarg in die Tiefe, der die erste Kiste Grube des Unvergesslichen birgt. Ein letzter Blick, ein letzter Gruß . . .

Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben . . .

Ein schlichtes, würdiges Begräbnis wurde gestern unserem Genossen Busold dem Anwalt der Armen der Wetterau und des Bogenberges, zuteil. Viele Hunderte folgten schmerzhaft dem Sarge, viele Hunderte erwarteten ihn am Grabe oder warteten außerhalb des Friedhofes. Der Gesangsverein „Union“ (Frankfurt a. M.) erfüllte den letzten Wunsch des Verstorbenen; der schlichte, warm vorgetragene Chor „Ein Sohn des Volkes“ ergießt die Herzen der Leidtragenden. Dann schilberte Genosse Kaul (Offenbach) das Leben und Wirken Heinrich Busolds. Er hatte seiner Rede das Dichtermotiv: „Dieser ist ein Mensch gewesen, und das heißt ein Kämpfer sein“ als Leitgedanke zugrunde gelegt. Nachdem er mehrere besonders beachtenswerte Momente aus dem Leben des Verstorbenen in Vertretung des Kreispräsidenten dem Verstorbenen warme Worte der Anerkennung für seine Tätigkeit in der hiesigen zweiten Kammer, Bürgermeister Stahl von Friedberg hob in seiner Rede die großen Verdienste hervor, die sich Busold als Stadterwählter von Friedberg als Verfechter proletarischer Interessen erworben hat. Für die sozialdemokratische Landtagsfraktion sprach Genosse Eichen (Offenbach), für den hiesigen Landesvorstand Genosse Beckmann (Gießen), für den Bezirksvorstand Frankfurt a. M. Genosse Specht (Höchst a. M.) und für unsere „Volksstimme“ Genosse Heintzsch. Ferner hatten Kränze niederlegen lassen: die Kreisvereine Friedberg-Büdingen, Offenbach-Dieburg, Gießen, Höchst-Dobburg-Iltingen, Hanau-Gelnhausen, Orb, Wehlhor, Altfeld, Darmstadt-Groß-Gerau, Frankfurt a. M., die Ortsvereine Biedenheim, Heidenbergen, Klein-Karben, Höchst a. M., Darmstadt, Steinbach, Büchel, Obermörlen, Niederwiesbach, Altenstadt, Affenheim, Friedberg, Groß-Karben, Bad-Karlsruhe, Gelnhausen, Nieder-Florstadt, Rodheim, Obermörlen, Nieder-Florstadt, Schwälheim, die Filiale des Holzarbeiterverbandes Friedberg, die Lederarbeiter, Gemeindearbeiter, das Gemeindefunktionariat Friedberg, der Arbeiterbezirk Friedberg-Bad-Karlsruhe, das Personal der Brauerei Gelnhausen und die Filiale des Bauarbeiterverbandes Frankfurt a. M.

Die Sängerknaben trugen noch den Chor: „Nacht aus dem Kampfe“ vor, dann löste sich die Trauerversammlung auf.

Das Andenken Heinrich Busold kann nicht besser geehrt werden, als wenn jeder einzelne Genosse des Wahlkreises Friedberg-Büdingen daran arbeitet, daß das Lebenswerk des toten Freundes nicht verloren bleibt, sondern in seinem Sinne weitergeführt wird. In ihm lebte die Gewissheit, daß das Proletariat siegen wird, siegen muß aus eigener Kraft, aber nur dann, wenn es genau seine Sache weiterführt wird. Nicht befehlen, keine Anweisungen vom Tische der Reichen wollen wir, sondern Recht und Freiheit. Die Freunde und Genossen des Wahlkreises Friedberg-Büdingen sollen sich jederzeit in Freund und Leid, des Genossen erinnern, in dem der tote Freund steht, der da kämpfte für die gute Sache des Proletariats bis zum letzten Atemzug.

In der fünften Sitzung des Kriegsausschusses der hessischen zweiten Kammer

brachte Abg. Henrich folgenden Antrag ein:

Ich beantrage: Die Großherzogliche Regierung zu ersuchen, in Bezug auf die Proletarierfrage nachstehende Maßnahmen ins Auge zu fassen bezugnehmend auf den Bundesrat anzuregen:

1. Möglichst gleichmäßige Verteilung der Weizenvorräte im Lande unter den einzelnen Kommunalverbänden im Wege des Austausches, eventuell auch Austausch gegen Weizen außerhalb des Großherzogtums, falls die Weizenvorräte in Hessen im Verhältnis zu den Kornvorräten geringer sind, als im Durchschnitt des Reiches.

2. Schaffung einer genügenden Reserve an Brotgetreide für das Land, wie auch für die einzelnen Kommunalverbände.

3. Erhöhung der täglichen Brotportionen nach Maßgabe des Gesamtbestandes an Brotgetreide im Reich.

4. Ausdehnung der Gültigkeit der Brotkarten auf das ganze Land, mindestens aber für den Bereich einer Provinz oder eines Kommunalverbandes.

5. Aufhebung aller Anordnungen, auch der Kreise, die weitergehende Beschränkungen des Verkehrs, insbesondere des Verkehrs von Wehl, bezwecken, als sie in den Bestimmungen des Bundesrats vorgesehen sind.

6. Festsetzung möglichst billiger Höchstpreise für den Kleinerwerb von Wehl durch die Kommunalverbände.

7. Zulassung des Verkehrs beschlagnahmelter Getreide auch an den Kommunalverband und mit Zustimmung des Leitenden auch an andere Kommunalverbände mit der Wirkung, daß die Kommunalverbände frei darüber verfügen können.

8. Festsetzung von Höchstpreisen für Braugerste.

Der Regierungsvorsitzer, Ministerialrat Schliephake, legte ausführlich die Stellungnahme der Regierung zu den Einzelwünschen der Referenten und zu vorliegendem Antrag dar.

In der sich an den Antrag anschließenden Debatte wurde hauptsächlich die Vergrößerung der Brotportion, die Freigabe der Brotmarken, das Verbot des Ausfuhrbades und anderes eingehend erörtert.

Der Antrag Henrich wurde mit Ausnahme der Ziffern 5 und 8 einstimmig angenommen. Die Annahme der Positionen 5 und 8 des Antrages erfolgte gegen eine beginnende Stimmung.

Zur gleichen Tagesordnung stand noch folgender Antrag des Abg. Calmann zur Beratung:

Der Landtag wolle Großherzogliche Staatsregierung ersuchen, die den Wehlpreis bestimmenden Berechnungen der hiesigen Gemeindevorstände zu ermitteln und vorzulegen.

Der Antragsteller begründete diesen Antrag durch den Hinweis auf die in der bestehenden großen Spannung zwischen Kornpreis und Wehlpreis im Volke vorhandene Unzufriedenheit. Sein Antrag bezwecke eine Aufklärung über die Gründe dieser auffallenden Preisspannung. Er richtete des Weiteren an die Großherzogliche Regierung noch folgende Anträge:

1. Wie erklärt es sich, daß seit Juli 1914 und trotz der Wehlversorgung durch die Gemeindevorstände die Spannung zwischen Kornpreis und Wehlpreis so erheblich, teilweise bis zu doppelten Höhe, gewachsen ist und daß die Wehlpreise in den einzelnen Kreisen so verschieden sind?

2. Bist du durch Verminderung der Ausgaben, Verwendung der seither erzielten Gewinne zur Deckung der Wehlpreise, durch Ersparnisse an Transporten, durch günstigere Anschaffungen mit den Mühlen und lästigen Regelungen der Wehlpreise ein niedriger Wehlpreis erzielt? Ist es richtig, daß die Gemeindevorstände vielfach höheren Mahlohn bezahlen, als die Selbstverlader, und daß die Großmühlen ungewöhnlich hohe Gewinne erzielen?

3. Würde nicht in mehreren Gemeinden der gewerkschaftliche Zusammenschluß der teilweise nicht ausreichend beschäftigten Wehl-

reien eine Verminderung der Poststellen, eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte, eine erhebliche Ersparnis an Brennstoffen und dadurch einen viel günstigeren Betrieb der Bäckereien ermöglichen? Ministerpräsident v. Homberg hält die Verbesserung der Organisation der Brotversorgung für das geeignetste und beste Mittel, die früher in die Erscheinung getretene Preissteigerung zu vermindern und den Brotpreis zu verbilligen. Durch die neuen Maßnahmen seien bedeutende Verbesserungen in der Organisation herbeigeführt, welche zweifellos in der Richtung des Antrages ihre guten Früchte zeitigen werden. Er ging sodann auf die einzelnen Punkte der Anfrage des Abg. Galmann näher ein. Zu dem Vorschlag eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bäckereien bemerkte er, daß wenn sich eine solche Organisation als ein Bedürfnis erweise, es wohl Sache der Bäder selbst sei, sie in die Wege zu leiten. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden von verschiedenen Abgeordneten mannigfache Anregungen bezüglich der Brotkarten, des Verkaufs von Kriegsmehl, der Kontrolle des Handels mit beschlagnahmtem Mehl, der Mithlöhne und anderes gegeben und besprochen.

Anspach i. T., 16. Aug. (Kriegsfürsorge.) Die am Samstag abend abgehaltene Kriegsfürsorgeversammlung brachte uns in der Angelegenheit der Kreisunterstützung nur einen kleinen Schritt weiter. Die Verhandlungen zeigten, wie die Kreisverwaltung die von den obersten Reichsstellen festgesetzten Grundsätze der wohlwollenden Prüfung bei Anträgen auf Unterstützung geradezu mit Füßen tritt. Der angeführte Geldmangel darf unter keinen Umständen die Ursache der Ablehnung von berechtigten Unterstützungsanträgen bilden. Bekanntlich hatte der Kreis eine Anleihe von 21 000 Mark aufgenommen, mit der er unter Hülfeleistung des Gemeinderates (1/2 der zu gewährenden Unterstützung) eine allgemeine Kriegswohlfahrtspflege für den Kreis führen einzuführen beabsichtigte. Die Unterstützungen sollten sich in der Höhe bis zu 50 Prozent der Staatsunterstützung bewegen, die je nach der Bedürftigkeit der einzelnen Kriegsfamilien in den Orten, wo seit her Kriegsfürsorge bestanden, von diesen, in den übrigen Orten von neuem gebildeten Kommissionen festgesetzt werden sollten. Von der Anspacher Kriegsfürsorge gingen 68 Anträge an das Landratsamt ab, worauf das Amt mitteilte, wenn man alle diese Anträge berücksichtigen wollte, die Kreisgelder bald vergriffen sein würden und weitere Geldentnahmen alsdann unumgänglich zu vermeiden seien. Septen Endes müßten die Kreissteuern dann erheblich erhöht werden, was für die einzelnen Gemeinden eine schwere Last bedeute. Man müsse also von einer solchen „eiltgehen den“ Kriegsfürsorge absehen, und die Fälle einzeln bis in das denkbar genaueste prüfen, zu welchem Zwecke alle Anträge an den Bürgermeister zurückgingen. Der Bürgermeister soll nun den einzelnen Antragstellern sämtliche Fälle prüfen. (Es ist wirklich eine „wohlwollende“ Prüfung. D. V.) Und das zutragende Material einer Kreisunterstützung zur Bewertung der Bedürftigkeit vorlegen. Der Bürgermeister soll feststellen, wieviel Grundbesitz der einzelne Antragsteller hat, wieviel Schulden darauf lasten, wie alt die Frau ist, ob sie noch arbeitsfähig ist, ob sie arbeitet oder nicht, ob keine Arbeitsgelegenheit für sie vorhanden ist, wieviel Kinder vorhanden sind, das Alter der Kinder, Arbeitsfähigkeit derselben, ob noch sonstige Angehörige in der Familie vorhanden, die zum Unterhalt der Familie beitragen können, ob etwaige besondere Krankheitsfälle in der Familie vorhanden sind usw. (Es fehlt nur noch die Frage: „Kann in der Lebensweise der Familie nicht sparsamer umgegangen und von der Staatsunterstützung nichts erübrigt werden?“ D. V.) Die letztangeführten Momente gaben auch die Veranlassung zu dem Bericht, die Kriegsfürsorge wolle ihre Unterstützung kürzen. Der kommissarische Landrat setzte sich anlässlich des Besuchs der Kriegsfrauen sofort mit dem hiesigen Bürgermeister in Verbindung und bat ihn, die Fürsorge in Anspach solle wenigstens ihre bisherige Unterstützung weiterbezahlen, der nächste Anzeigetag werde sich darüber schlüssig werden müssen, ob er diesen Sätzen den Kreiszuschuß bewilligen wolle. Die Kriegsfürsorge nahm mit Bedauern von diesen Maßnahmen des Kreises Kenntnis, und einigte sich in der Weiterbezahlung der bisherigen Unterstützung, ungeachtet des Zuschusses des Kreises. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde noch betont, daß viele Kriegsfrauen gern arbeiten würden, wenn nur Arbeitsgelegenheit vorhanden wäre, die Landwirte hätten nur in ganz einzelnen Fällen die Hilfe der Kriegsfrauen benötigt, die hiesigen Fabriken hätten keine Arbeit und die Arbeiter aus der Kriegsfürsorge für Heereszwecke seien zurzeit auch lahmgelegt. Man wolle den Frauen doch nicht zumuten, in den Steinbruch oder in die Stadt als Dienstmädchen zu gehen?

Gelnhausen, 15. Aug. (Feststellung der Viehpreise.) Der Landrat ersucht die sämtlichen Bürgermeister des Kreises Gelnhausen festzustellen, inwiefern ein Mißverhältnis zwischen den Fleischpreisen und den Viehpreisen vorliegt und innerhalb fünf Tagen zu berichten, wie hoch die Fleischpreise und wie hoch die Viehpreise sind.

Gernsheim, 16. Aug. (Leichenfund.) Im hiesigen Hafen wurde gestern die Leiche eines unbekannten Mannes aufgefunden, der im Gesicht eine große, anscheinend von einem Beile herrührende Wunde trug. Man vermutet ein Verbrechen. Die Untersuchung ist im Gange.

Marburg, 15. Aug. (Auch ein Erfolg.) Infolge des schlechten Geschäftsganges sieht sich die Mehrheit der Marburger Geschäftsinhaber veranlaßt, die Läden schon um 7 Uhr abends, außer Samstags, zu schließen. Die Metzger haben den früheren Ladenabschluß schon seit längerer Zeit eingeführt. Das Personal wird mit diesem früheren Abschlusse wohl zufrieden sein; hoffentlich werden keine Lohnabzüge vorgenommen. — (Feuer) entstand in der Nacht zum Samstag in der Judengasse. Durch das fröhliche Eingreifen eines in der Nachbarschaft wohnenden Ruchbruders konnte größere Gefahr verhindert werden, bis die Feuerwehr eintraf.

Dillenburg, 13. Aug. (Die Eröffnung der Neubaustrecke Weidenau-Dillenburg) findet bestimmt am 1. Oktober statt, jedoch werden die Personenzüge bis zur biergleisigen Gestaltung der Strecke Haiger-Dillenburg vorerst von Weidenau nur bis Haiger durchgeführt werden. Durch die neue Bahnlinie wird die Verbindung von Frankfurt und Süddeutschland mit dem westfälischen Industriegebiet um 23 Kilometer verkürzt werden.

Aus Frankfurt a. M.

Stadttrat Dr. Karl Fleisch †.

Nachdem erst in voriger Woche Stadttrat Viktor Mößinger zur ewigen Ruhe bestattet wurde, hat der Magistrat der Stadt Frankfurt jetzt schon wieder den Tod eines seiner Mitglieder zu beklagen. Am Sonntag abend ist nach längerem Leiden Landtagsabgeordneter Stadttrat Dr. Karl Fleisch im Alter von 62 Jahren gestorben. Mit Fleisch ist einer der Ältesten im Magistrat aus dem Leben geschieden. Er galt in bürgerlichen Kreisen als ein tüchtiger Sozialpolitiker, und auch der politische Gegner kann anerkennen, daß er über ein umfangreiches Wissen verfügte und sein Leben lang eine eifrige Tätigkeit auf

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Albin Georgi, Schreiner, Frankfurt-West
gefallen im Juni in Rußland.

Georg Röth, Heddernheim
gefallen im Juni in Frankreich.

Paul Weidner, Dreher, Rödelsheim
gefallen am 11. Juni in Flandern.

Heinrich Fröhlich, Fabrikarbeiter, Griesheim
am 1. Juni seiner am 17. April in Frankreich erlittenen Verwundung erlegen.

Jakob Egger, Fabrikarbeiter Griesheim
gefallen im März in den Karpathen.

Johann Höhn, Fabrikarbeiter, Nied
gefallen am 10. Juni in Frankreich.

Georg Lorch, Höchst a. M.
gefallen in Frankreich.

Ludwig Graf, Bäcker, Höchst a. M.
gefallen in Frankreich.

Georg Balkau, Zimmermann, Bad Homburg
gefallen am 15. September bei Gernag.

Eugen Kugler, Brauer, Bad Homburg
am 2. Februar in Frankreich seinen Verwundungen erlegen.

Sebastian Reichel, Bäcker, Bad Homburg
gefallen am 6. März in den Karpathen.

Friedrich Reig, Hanau a. M.
schwerverwundet in Gefangenschaft geblieben am 7. September 1914.

Theodor Lentner, Hanau a. M.
gefallen in Frankreich im Alter von 25 Jahren.

Friedrich Häfner, Langensfeld
gefallen am 28. Juni in Frankreich.

Karl Dögel, Langensfeld
gefallen am 19. Juli in Frankreich.

Wilhelm Moritz, Langensfeld
am 28. Juli bei Wöhring der Wunde im Rücken bei Ostvolde ertrunken.

Aug. Schwarz, Maurer, Wallau (Biedenkopf)
gefallen in Frankreich.

Karl Schäfer, Bergmann, Philippstern
gefallen in Frankreich.

vielen Gebieten des öffentlichen Lebens entfaltet. Vor einigen Jahren wurde er von einem bösen Darmleiden befallen, an dessen Folgen er jetzt gestorben ist.

Dr. Karl Fleisch entstammte einer Frankfurter Arztfamilie. Er wurde am 6. Juli 1853 hier geboren, studierte in Heidelberg und Berlin Rechtswissenschaft und ließ sich später hier als Anwalt nieder. In dieser Zeit soll er einmal stark mit der jungen sozialdemokratischen Partei sympathisiert haben, so daß man sich sogar mit der Absicht getragen habe, ihn als Kandidaten zu nominieren. Aber statt nach links, wandte er sich bald mehr und mehr nach rechts und fand sein Heil in der demokratischen, später in der fortschrittlichen (freisinnigen) Volkspartei. Ja, er entwickelte sich mit den Jahren zu einem der erbittertesten Gegner der Sozialdemokratie, wobei er im Gebrauch der Waffen, mit denen er uns bekämpfte, nicht immer wählerisch war. In manchem der Verwaltungsberichte des Magistrats und in anderen Vorlagen und Berichten finden sich die Spuren dieser Gegnerschaft. Freilich soll angegeben werden, daß auch er ob seiner sozialpolitischen Tätigkeit oft von uns heftig angegriffen wurde, und weil er der irrigen Auffassung war, daß diese Kritik mehr seiner Person gälte, als der Tätigkeit, die er öffentlich entfaltet, hatte er oftmals einen getriebenen Blick für das, was man an seiner Tätigkeit auszuweisen hatte.

Fleisch hatte sich schon früh der kommunalpolitischen Tätigkeit gewidmet, und wurde deshalb am 8. April 1884 von seinen politischen Freunden als besoldetes Mitglied in den Magistrat gewählt. Als Stadtrat hat er sich hauptsächlich den sozialpolitischen Aufgaben gewidmet. Er war viele Jahre Vorsitzender des Waisen- und Armenamtes und hatte als solcher die Armenangelegenheiten zu bearbeiten. Bei seinen fortgeschrittenen sozialpolitischen Anschauungen, die er in Wort und Schrift vertrat, hätte man erwarten dürfen, daß er auch in die Armenverwaltung fortschrittlichen Geist bringe, sie von einem liberalen Standpunkt aus verwalten würde. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Vielmehr machte sich in der Armenverwaltung mehr und mehr ein starker bürokratischer Geist der Kleinlichkeit und Engherzigkeit bemerkbar, und das gab dann Anlaß zu der Kritik, die in der Presse und in der Stadtverordnetenversammlung einsetzte, als 1900 der erste Sozialdemokrat in das Haus Vimborg einzog. Zweifellos: Fleisch war ein befähigter Kopf und erfüllte von vielen großen und schönen Theorien; aber bei Ausführung dieser Ideen kam oft das gerade Gegenteil heraus. Dabei hätte bei den reichen Mitteln, die hier in früheren Jahren für sozialpolitische und allgemeine Unterhaltungszwecke gestiftet wurden, das Armenwesen sich musterbildend gestalten lassen können. Das wäre um so leichter möglich gewesen, weil dem Vorsitzenden des Armenamtes auch noch die Stiftungen mit ihren zum Teil recht reichen Mitteln unterstanden. Aber wir wollen heute nicht anfragen, wir wollen nur die Ursachen erklären, die zu der Gegnerschaft der Tätigkeit des Verstorbenen geführt haben.

Als die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Deutschland eingeführt wurden, ging sein Bestreben dahin, auch in Frank-

furt a. M. ein Gewerbegericht zu schaffen. Er war wohl Chef dieser beiden Gerichte, aber die Richter Dr. Boell, Ruppe, Siller wählten sich zum Nutzen der Gerichte immer die nötige Unbeteiligtenfreiheit zu wahren. Er war Vorsitzender der Verwaltungskommission für die Arbeitsvermittlungsstelle und des Mittelhessischen Arbeitsnachweisverbandes, stellvertretender Vorsitzender des Jugendfürsorgeamtes, der Stiftungsdeputation, der Vermächtnisdeputation und verschiedener Stiftungen, Delegierter des Magistrats im Verwaltungsausschuß der Schreibstube für arbeitslose Kaufleute, Mitglied der Gesundheitskommission, des Großen Rates der Akademie, der Teuerungskommission, der Kommission zur Errichtung eines Volkshausheims, der städtischen Kriegskommission und der Kontrollkommission der privaten Kriegsfürsorge.

Daneben vertrat die Verstorbene, das Bildungs- und wesen auf eine breitere Basis zu stellen durch Schaffung des Ausschusses für Volksvorlesungen. Allerdings wird behauptet, daß das anfänglich in der stillen Absicht geheißen sei, die organisierten Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuwenden. Wenn Fleisch wirklich diese Absicht gehabt haben sollte, dann dürfte er sich bald davon überzeugt haben, daß ein solches Beginnen aussichtslos war. Die Entwicklung der Verhältnisse bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung.

Auch auf dem Gebiet der öffentlichen Volkspflege hat Fleisch manches getan. Ramentlich das Wohnwesen lag ihm sehr am Herzen. Die Gründung der Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen ist mit sein Werk. Durch den Bau vieler kleiner Wohnungen und die Schaffung sonstiger Einrichtungen (Kinderkrippen usw.) hat Fleisch zweifellos die Wohnungsnot mit bekämpfen helfen. Ob aber nicht auch hierbei manches anders, besser hätte gestaltet werden können, soll heute nicht unterucht werden.

Nebenfalls war Fleisch ein sehr fleißiger Mensch, der sich keine Stunde Ruhe gönnte. Denn neben dieser amtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeit entwickelte er auch noch politisch eine große Regsamkeit. Er war Mitglied des Kommunal-Landtages und im Jahre 1908 bestimmten ihn seine politischen Freunde auch noch, sich in den Landtag wählen zu lassen. Ob das Flug war, soll heute unerörtert bleiben. Für Fleisch bedeutete es Übernahme neuer Pflichten und so wurde er noch mit mehr Arbeit überbürdet. Daß darunter seine stadtamtliche Tätigkeit leiden mußte, war ganz erklärlich, so sehr sich auch Fleisch Mühe gab, Tag und Nacht zu arbeiten. Das fortwährende Reisen zwischen Frankfurt und Berlin in Zeiten parlamentarischer Tagungen ist seiner Gesundheit gewiß nicht förderlich gewesen.

Wundern muß man sich, wie dieser Mann, der so viele Kemer bekleidete und eine so große Fülle von Aufgaben zu erledigen suchte, auch noch Zeit fand, sich schriftstellerisch zu betätigen. Seine Arbeiten über Gastpflicht, Unfallversicherung, Normalarbeitszeit, über die Ursachen der Armut und die Krankenversicherung, zuletzt über den Arbeitsvertrag, sind in weiten Kreisen bekannt und gewürdigt worden, nicht minder die Gutachten, die er für den Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, den Verein für Sozialpolitik und den Juristentag erstattete.

Vielleicht wäre das Wirken dieses Mannes für die Allgemeinheit besser zur Geltung gekommen und könnte mehr gewürdigt werden, wenn er sich selbst in der Erfüllung der Aufgaben mehr Beschränkung auferlegt und manche seiner Ideen mit mehr Konsequenz und Ruhe zur Durchführung gebracht hätte. Aber auch so soll anerkannt werden, daß er ein Mann von großem Wissen und von seltener Arbeitskraft und Pflichterfüllung war, der unter Hintansetzung seiner Person der Stadt Frankfurt manchen guten Dienst geleistet hat.

Telegramme.

Maximalarbeitszeit in Norwegen.

Christiania, 15. August. (D. D. P.) Das Odelsthing nahm mit 64 gegen 17 Stimmen den Maximalarbeitszeitgesetz für Norwegen mit 10 Stunden täglich und 54 Stunden wöchentlich an. In Buch- und Zeitungsdruckerien, sowie Gruben- und Metallhütten soll nur 48 Stunden wöchentlich gearbeitet werden. Das Gesetz tritt nach 3 Jahren in Kraft. Die Annahme des Gesetzes im Danksing ist gesichert.

Wiesbadener Theater.

Reisende Theater.

Montag, 16. Aug., 7 Uhr: „Jugend“.
Dienstag, 17. Aug., 7 Uhr: „Der Meißnerbauer“.
Mittwoch, 18. Aug., 7 Uhr: „Kameraden“.
Donnerstag, 19. Aug., 7 Uhr: „Baumeister Solnek“.
Freitag, 20. Aug., 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“.
Samstag, 21. Aug., 7 Uhr: „Die Erziehung zur Ehe“.
Sonntag, 22. Aug., 7 Uhr: „Die Erziehung zur Ehe“.

Höchstpreise für Brot.

Auf Grund des Gesetzes, betreffend die Höchstpreise vom 4. August 1914, wird bis auf weiteres folgender Höchstpreis festgesetzt:

für das Pfund Brot 20,66 Pfg.
für 1 Laib Brot (3 Pfd.) 62 Pfg.

Die Festsetzung erfolgt für die Abgabe im Kleinhandel. Die Höchstpreise treten mit dem 17. August d. J. in Kraft.

Wiesbaden, den 14. August 1915.

Der Magistrat.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.